



Detailansicht des Registereintrags

Hochschulkanzler*innen e. V.

Aktuell seit 04.05.2026 16:31:19

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007797
Ersteintrag:	19.01.2026
Letzte Änderung:	04.05.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: c/o Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm Keßlerplatz 12 90489 Nürnberg Deutschland Telefonnummer: +4991158804030 E-Mail-Adressen: geschaefsstelle@hochschul-kanzler.de Webseiten: https://www.hochschul-kanzler.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Andrea Gerlach-Newman**
Funktion: Bundessprecherin
2. **Prof. Dr. Swantje Rother**
Funktion: Finanzvorständin
3. **Dr. Jörn Hohenhaus**
Funktion: stellvertretender Vorstand
4. **Jana Einsporn**
Funktion: Stellvertretende Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Andrea Gerlach-Newman**
2. **Prof. Dr. Swantje Rother**
3. **Dr. Jörn Hohenhaus**
4. **Jana Einsporn**

Gesamtzahl der Mitglieder:

127 Mitglieder am 09.12.2025, davon:

10 natürliche Personen

117 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (3):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Hochschulkanzler*innen e. V. (und seine Vertreter*innen) vertritt die Interessen der Hochschulkanzlerinnen und -kanzler von Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften auf Bundesebene. Die Tätigkeit umfasst die fachliche, rechtliche und politische Begleitung hochschulrelevanter Themen sowie die Stellungnahme zu hochschulrechtlichen Fragestellungen, insbesondere im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Sozialversicherungspflicht für Lehrbeauftragte (Konsequenz aus Herrnbergurteil)

Beschreibung:

Feststellung eines sozialrechtlichen Status für Lehrbeauftragte, der es den Hochschulen, insbesondere den HAWs/FH ermöglicht, diesen für die Hochschulart unerlässlichen Lehrentypus weiterhin in ausreichender Anzahl zu beschäftigen bzw. die Lehrtätigkeit für die Lehrbeauftragten weiterhin attraktiv und sinnvoll anzubieten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4522 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/3541, 21/4087 - Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Feser, René Springer, Peter Bohnhof, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21/3605 - Aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld - c) zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Peter Bohnhof, Gerrit Huy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - ...

Betroffenes geltendes Recht:

SGB4ErgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

2. Bürokratieabbau an Hochschulen für angewandte Wissenschaften/Fachhochschulen

Beschreibung:

Hinwirken auf konkrete Erleichterung im Rahmen des vielfach genannten Bürokratieabbaus für Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Betroffenes geltendes Recht:

HStatG 1990 [alle RV hierzu]; GFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

3. Anpassung WissZeitVG an Realität der Hochschulen

Beschreibung:

Sensibilisierung für Situation der Hochschulen (Verschiebung von Dauerfinanzierung hin zu (Drittmittel-)projektbasierter Finanzierung und damit wenig(er) Möglichkeiten, feste Planstellen zu schaffen.

Die Diskrepanz zwischen der gewünschten Planungs- und Stellensicherheit für wissenschaftliches Personal und den Möglichkeiten der Hochschulen dauerhafte Stellen zu schaffen, soll verringert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11559 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und

Abgaben [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

